



## **Ausgehungert!?**

**Was haben Spekulation auf Rohstoffe, „Landraub“ und Handelspolitik mit der Krise zu tun? Antworten auf die globale Nahrungsmittelkrise**

### **Dokumentation**

**der Diskussionsveranstaltung vom 16. November 2010, 18.30-21.00 Uhr im Albert-Schweitzer-Haus, 1090 Wien, Schwarzspanierstr. 13**

#### **Begrüßung und Einleitung: Elfriede Schachner, VIDC**

Anfang 2008 sind die Preise für Grundnahrungsmittel rasant angestiegen: Der Preis für Weizen beispielsweise hat innerhalb eines Jahres um 130% zulegt. Gerade in armen Ländern im globalen Süden, wo die Menschen 50-70% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, hatte dies katastrophale Auswirkungen. Insgesamt hungert eine Milliarde Menschen! Die höchste Zahl der Menschheitsgeschichte. Heute, zwei Jahre später, sind die Meldungen über Hungeraufstände – die es in ca. 30 Entwicklungsländern gegeben hat – aus den Schlagzeilen verschwunden, auch die Proteste im heurigen Sommer in Mozambique waren kaum Meldungen wert. Der Hunger jedoch ist geblieben. Laut UNO ist in Afrika südlich der Sahara die extreme Armut um 8% gestiegen, d.h. die Preissteigerungen für Nahrungsmittel haben die Erfolge bei der Reduzierung von Armut zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht.

Als Gründe für den Preisanstieg und die Nahrungsmittelkrise werden genannt: Klimawandel, geänderte Ernährungsgewohnheiten (Verdreifachung des Fleischkonsums in letzten 20 Jahren), höhere Nachfrage Chinas, weniger Investitionen in die Landwirtschaft, die Verwendung von Getreide und Zuckerrohr für Agrotreibstoffe etc. Die VIDC-Veranstaltung analysiert die strukturellen Ursachen der Nahrungsmittelkrise und geht auf Rohstoff-Spekulationen, handelsverzerrende Handels- und Subventionspolitik der Industrieländer und Land Grabbing ein.

## **Anuradha Mittal, Oakland Institute Kalifornien**

Im ersten Teil ihrer Präsentation konzentrierte sich Anuradha Mittal zunächst auf strukturelle Ursächlichkeiten der Nahrungsmittelkrise, um danach die Entwicklungen im Finanzsektor sowie das Phänomen des „Landgrabbing“ zu kontextualisieren.

### **Ursachen der Nahrungsmittelkrise**

In den letzten Jahren erreichte das Thema Hunger verstärkte mediale Präsenz. Zurückzuführen sei dies auf die massive Steigerung der globalen Nahrungsmittelpreise zwischen 2005 und 2008 um 83% und das daran gekoppelte historische Hoch des weltweiten Hungers. Laut einem 2009 erschienenen FAO-Report hungern 1,02 Milliarden Menschen – das ist ein Sechstel der Weltbevölkerung. Periphere Regionen und darunter vor allem die LIFDCs (low-income food deficit countries) seien von den drastischen Preisanstiegen von Grundnahrungsmitteln - der Preis für Mais hatte sich beinahe verdreifacht, jener für Weizen stieg um 127% und für Reis um 170% - massiv betroffen. Durchschnittlich 80% des Einkommens würden in diesen Ländern für Nahrungsmittel ausgegeben, dementsprechend hart treffe die Menschen der immense Preisanstieg. Ein Höhepunkt der Berichterstattung rund um das Thema Welthunger sei 2008 mit der medialen Thematisierung der aus der Nahrungsmittelkrise hervorgehenden „Food Riots“ erreicht worden, so Mittal. Die Berichte reichten von Hungerrevolten und politischen Instabilitäten in Entwicklungsländern bis hin zur Inszenierung der Nahrungsmittelkrise als größte Bedrohung für die Globalisierung. Auf politisch-institutioneller Ebene befasste sich insbesondere der G8-Gipfel in L’Aquila mit der Problematik. Heute, 2010, sei das Interesse abgeflacht, obgleich die Preise wieder nach oben gehen und damit die Unberechenbarkeit der internationalen Nahrungsmittelpreise weiterhin bestünde.

Von Mittal wurde während des Vortrages immer wieder stark gemacht, dass die dominanten Policies der letzten 30 Jahre als strukturelle Ursachen der Nahrungsmittelkrise wahrgenommen werden müssten. Eine dieser Ursachen sei unter anderem in einem Rückgang des Wachstums der landwirtschaftlichen Produktion zu sehen. Speziell in Entwicklungsländern fand eine Reduktion staatlicher Intervention in den Agrarsektor statt, verbunden mit einer Abnahme der öffentlichen Unterstützung für sowie der Investitionen in die Landwirtschaft. Darüber hinaus kann ein Rückgang des weltweiten Getreidevorrates beobachtet werden, welcher insbesondere für die steigende Spekulationen auf Nahrungsmittel ursächlich wirkt. Laut Angaben der FAO befindet sich der Getreidevorrat auf dem niedrigsten Stand seit 1982, wobei für dieses Phänomen multiple Faktoren verantwortlich zeichnen würden. Der von Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) wie Weltbank und IWF propagierte Rückzug des Staates aus dem Agrarsektor sei mit den Argumenten legitimiert worden, dass die Aufbewahrung öffentlicher Vorräte zu

kostenintensiv und ineffizient gewesen wäre. Generell resultiere aus der Liberalisierung der Agrarmärkte eine Wahrnehmung des Nahrungssystems, welche mit einem Abnehmen der Signifikanz von öffentlichen Vorräten der einzelnen Länder einhergeht. Die fortschreitende Technologisierung der Landwirtschaft führt zu einer kostenintensiven, weil inputintensiven Produktion, welche sich insbesondere in den Exportpreisen von US-amerikanischen Nahrungsmitteln niederschlägt.

Die aktuelle Krise als „Nachfrage-Angebot“-Krise zu interpretieren, hält Mittal im Allgemeinen und speziell in Hinsicht auf Indien und China für einen Mythos. Obgleich der durch die enormen Wachstumsraten beider Länder ansteigende Massenkonsum eine massive Einflussnahme auf die Nahrungsmittelkrise vermuten lässt, entkräfte eine genauere Analyse diese Annahmen. Die Nahrungsmittelnachfrage sei einkommensunelastisch, d.h. die Quantität des konsumierten Essens korreliert nicht direkt mit dem Einkommen. Eine Steigerung des Einkommens bedeute vielmehr eine Nachfrage nach qualitativ hochwertigeren und teureren Nahrungsmitteln, so Mittal. Zusätzlich verzeichnen beide Länder einen Handelsüberschuss an Nahrungsmitteln und bleiben Nettoexporteure von Getreide.

Als zentraler Faktor für die hohen Nahrungsmittelpreise ab dem Jahr 2008 müsse die Steigerung der Nachfrage nach Agrotreibstoffen gesehen werden – diese Komponente unterscheide die aktuelle Krise von den zuvor aufgekommenen. Laut einem Weltbankreport von 2008 sei die Agrotreibstoffproduktion für eine 70-75 prozentige Steigerung der Nahrungsmittelpreise verantwortlich. Die USA forcierten die Produktion von Agrotreibstoffen drastisch im Jahre 2002, während in der Europäischen Union 2005 ein massiver Anstieg zu beobachten war. Eine durch die Expansion der Produktion von Agrotreibstoffen hervorgerufene Abnahme der Getreidebestände trieb den Preis nach oben. Parallel dazu wurde der Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere der von Grundnahrungsmitteln, aufgrund der Ausweitung der Agrotreibstofffelder reduziert. Ob der Importabhängigkeit der LDCs und anderer sich entwickelnder Länder wirkten die EU- bzw. US-internen mit den Agrotreibstoffen in Verbindung stehenden Entwicklungen angesichts der bedeutenden Rolle der Europäischen Union und der USA als Exporteure von Grundnahrungsmitteln wie Getreide, Weizen und Reis global weiter.

### **Spekulation auf Nahrungsmittel**

Mittal ging auf Spekulationen auf Nahrungsmittel und den Finanzmarkt als besondere Faktoren der Nahrungsmittelkrise ein. Die existenten ökonomischen Rahmenbedingungen sowie die immense Summe an Spekulationen im Nahrungsmittelmarkt, vor allem an Derivatemärkten, würden von einer bisher noch nie dagewesenen Einzigartigkeit zeugen und seien ausschlaggebende Determinanten für die Krise der Nahrungsmittelpreise des Jahres 2008 gewesen.

Aufgrund der anwachsenden Beteiligung von Hedgefonds, Indexfonds und Staatsfonds kam es zu einer Hyperinflation bei Grundnahrungsmitteln. Die vermeintliche Stabilisierungsfunktion der Futures, erhofft durch den Verkauf der Ernte im Voraus, entpuppte sich de facto als Fehleinschätzung. In den USA wurden durch massive Deregulierung quantitative Beschränkungen für Futures innerhalb des Agrarmarktes entfernt. Als Beispiel hierfür nannte Mittal die Verabschiedung des U.S. Commodity Futures Modernization Act im Jahre 2000, welchem zufolge außerbörsliche, also „Over the Counter“ (OTC)-Derivate nicht mehr der Aufsicht der U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC) unterstanden. Das Platzen diverser Spekulationsblasen steigerte die Attraktivität der Nahrungsmittelmärkte selbst für nicht-traditionelle Investoren in diesen Sektoren, wie Pensionsfonds, große Banken, Hedgefonds und resultierte demgemäß in einer massiven Verschiebung von Anlegern. Im Zuge der hohen Nachfrage, bedingt durch die Spekulationen der Investoren, kam es zu extremen Preisschwankungen für Nahrungsmittel und Energie.

Hinsichtlich potentieller Lösungsstrategien für dieses Szenario bräuchte es nach Auffassung Mittals diverse Veränderungen innerhalb der Policies sowohl bezüglich der Fundamente des Marktes, als auch in Hinblick auf die Bedingungen für Spekulationen im Bereich der Grundnahrungsmittel. Der Dodd-Frank Act, welcher 2010 in den USA verabschiedet wurde und die Zahl landwirtschaftlicher Waren und Futures, über die ein Wertpapierhändler verfügen darf, einschränkt, mag als richtungsweisend gelten. Dennoch seien die unumgänglichen strukturellen Veränderungen dem generellen Engagement der politischen Akteure nach zu urteilen, insbesondere in Hinblick auf die EU, in die Ferne gerückt.

### **Landgrabbing**

In enger Verbindung mit der Finanzkrise und den Spekulationen auf Grundnahrungsmittel stünde das Aufkommen eines neuen (alten) Phänomens, welches mit „Landgrabbing“ oder Landraub umschrieben wurde. Prinzipiell handelt es sich hierbei um den Kauf, das Pachten oder aber das Leasen von Landfläche in einem Entwicklungsland.

Die IFC (International Finance Corporation) und die MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency) - beide gehören der Weltbankgruppe an - hätten die Vergabe von fruchtbarem Land propagiert, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, so Mittal. Das steigende Interesse der Investoren sei partiell durch die vorher beschriebene Verschiebung auf den „soft commodity“-Markt zu erklären. Die Nachfragesteigerung von China, Indien und Südamerika sowie der generell anwachsende Bedarf an Bioenergie bzw. -produkten hätten diese Entwicklung weiter vorangetrieben. Zwischen 2006 und 2009 wurden geschätzte 50 Millionen Hektar

Farmland von Entwicklungsländern gepachtet, gekauft oder geleast. BefürworterInnen der Landnahmen sprechen von einer Win-win-Situation: Investoren würden Kapital akkumulieren, nahrungsmittelunsichere Länder, wie beispielsweise Saudi-Arabien, würden durch das Landgrabbing die nationale Nahrungssicherheit erreichen, und die Länder, welche über die Ressource Land verfügen, könnten sich durch diverse Investitionen etwa im Infrastrukturbereich weiterentwickeln. Der von Mittal zitierte Howard Buffet steht dieser Einschätzung konträr gegenüber: „*These deals will make the rich richer and the poor poorer, creating clear winners who benefit while the losers are denied their livelihoods*“. Als höchst problematisch erscheint Mittal der Umstand, dass in vielen Staaten, in welchen sich Landnahmen ereignen, das Landrecht nicht klar geregelt sei, was in vielen Fällen zur Vertreibung ursprünglicher LandnutzerInnen führe. Die Praxis von Landgrabbing würde somit Menschen ihr Recht auf Land vorenthalten. Westliche Vorstellungen von Eigentumsrechten wären in Regionen, wo das Land prinzipiell immer noch dem Staat gehöre, nicht anwendbar.

### **Beispiel Äthiopien**

Anhand des Fallbeispiels Äthiopien verdeutlichte Mittal die vielfältigen an die Landnahme gekoppelten Probleme. Die Bevölkerung Äthiopiens zählt weltweit immer noch zu den am meisten chronisch vom Hunger betroffenen. Dennoch vergibt die Regierung 7,5 Millionen Hektar des fruchtbarsten Lands - ein Fünftel des derzeit kultivierten Bodens - an ausländische Regierungen und Investoren, welche für den Export produzieren. Zur paradoxen Situation, dass ein am Hunger leidender Staat seine kostbare Ressource zu Spottpreisen verkauft bzw. verpachtet, komme noch die fehlende Möglichkeit der davon am meisten Betroffenen hinzu - der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen - bei den Verhandlungen über das Land zu partizipieren. Generell sind die abgeschlossenen Verträge über Landnahmen in Entwicklungsländern kaum zugänglich.

Derzeit wird von verschiedenen Institutionen, wie Weltbank, UNCTAD u.a.m. eine Debatte rund um einen „Code of Conduct für Landgrabbing“ geführt. Intention hierbei sei es, dieses Phänomen zu legitimieren. Dabei würde sowohl der mit der Landnahme konnotierte Entzug des Rechts der Menschen auf Zugang zu und Kontrolle über deren Land verschleiert, als auch die aus dem Landgrabbing resultierende Unterminierung der Aufgabe eines souveränen Staates, allen das Recht auf Nahrung zu gewährleisten, an den Rand gedrängt werden.

Mittal wies auf die Notwendigkeit von Investitionen im Agrarsektor der Entwicklungsländer hin. Paradoxerweise fordern eine solche auch die Weltbank und der IWF, welche von Mittal als Hauptverantwortliche für die Unterentwicklung der Landwirtschaft in peripheren Ländern genannt werden.

Abschließend wurden von Mittal Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung eine genaue Analyse der Interessens- und Machtkonstellationen innerhalb des Nahrungsregimes unerlässlich erscheinen lassen. Sie schließt mit einem weiteren Zitat von Howard Buffet, welches sowohl den Inhalt ihres Beitrags reflektiert, als auch eine Brücke zur Präsentation von Michelle Pressend schlägt: „ *Africa is not a commodity. It must not be labeled, 'Open for Business'.*“

## **Michelle Pressend, Economic Justice Network, Kapstadt, Südafrika**

Michelle Pressend fokussierte in ihrem Vortrag auf Zusammenhänge zwischen Handel und Nahrungssicherheit. Zunächst sollte eine historische Analyse jene Faktoren offenlegen, die auf die Ernährungssouveränität unterminierend wirken und eine Unterentwicklung Afrikas begünstigen.

### **Afrika: Von Nettonahrungsmittelexporteuren zu -importeuren**

Nach der Phase der Dekolonisierung während der 1960er Jahre waren die meisten Staaten Afrikas Nettonahrungsmittelexporteure. Heute importiert der afrikanische Kontinent 25% seiner Lebensmittel - die meisten Länder haben eine Transformation hin zu Nettonahrungsmittelimporteuren hinter sich. Die zentrale Frage, die Pressend in ihrer Präsentation aufwirft, ist, inwiefern diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem so genannten freien Markt steht. Trotz des Reichtums an natürlichen Ressourcen herrscht in weiten Teilen Afrikas weiterhin permanent Nahrungsunsicherheit vor. Im subsaharischen Raum sind im Jahr 2010 nach FAO-Statistiken 30% der Bevölkerung unterernährt. 80% der afrikanischen Bevölkerung ist von Subsistenzlandwirtschaft abhängig und 33% des Bruttoinlandsproduktes wird im Agrarsektor, der zumeist für den Export produziert, erwirtschaftet. Diese Zahlen verdeutlichen die zentrale Stellung der Landwirtschaft für die Menschen in Afrika. Durch Freihandelsverträge hätten die Weltbank sowie der IWF die Länder Afrikas sukzessive zu Exporteuren von Cash Crops in industrialisierte Märkte transformiert. Die Entwicklung der afrikanischen und anderer postkolonialer Staaten beschreibe deren Einbettung in den globalisierten Nahrungsmittelmarkt als untergeordnete, nach den Bedürfnissen der westlichen Länder funktionierende Zulieferanten. Eine partielle Erklärung für die prekäre Nahrungsmittelversorgung Afrikas liege in der Ausrichtung der nationalen Ökonomien auf die Erzeugung von Produkten, die keine Grundnahrungsmittel darstellen, begründet: Der Anbau von Cash Crops vertreibe jenen von Nahrungsmitteln. Der Freihandel würde nicht nur die Position Afrikas als Rohstoffexporteur manifestieren, sondern sei auch die primäre Ursache für den Hunger Afrikas, so Pressend. Die Kommodifizierung der Nahrung hätte die Nahrung von ihrer ursprünglichen *raison d'être*, die Ernährung des Men-

schen, entfremdet. Das Zur-Ware-Machen von Nahrung werfe Fragen bezüglich der systemischen Zusammensetzungen des globalisierten Marktes, dessen inhärente Machtverhältnisse und die damit in Verbindung stehenden Interessen auf. Inwiefern fühlen sich dominante Akteure, beispielsweise Patent- und Saatgutmonopole, wie Monsanto, Syngenta und DuPont, die über 47% des weltweiten Saatgutmarktes verfügen, der Maximierung ihrer Profite oder aber der Herstellung von Nahrungssicherheit verpflichtet?

### **Der „freie“ Markt**

Die Annahme, Nahrungsmittel würden am freien Markt zu den Produktionskosten verkauft, sei nicht haltbar. Pressends Begründung: die massiven Subventionen im europäischen und US-amerikanischen Agrarsektor drücken die Preise am Weltmarkt und machen selbst die effizientesten afrikanischen Produzenten wettbewerbsunfähig. Der „freie“ Markt würde sich nach effektiver Nachfrage, was Kaufkapazität impliziere, richten. Angesichts der niedrigen Kaufkraft der afrikanischen Bevölkerung, die aus der weit verbreiteten Armut resultiert, könne der Markt daher per definitionem keine gerechte Nahrungsmittelverteilung gewährleisten. Darüber hinaus nehme die Strategie der „planned scarcity“ (geplante Verknappung), welche eingesetzt wird, um die Preise für Nahrungsmittel über einen ausgedehnten Zeitraum am höchst möglichen Level zu halten, einen verheerenden Einfluss auf die Nahrungssicherheit.

### **Economic Partnership Agreements - EPAs**

Die derzeit sehr kontrovers diskutierte Implementierung der Economic Partnership Agreements (EPAs) zwischen den AKP-Ländern und der Europäischen Union würde nach Meinung Pressends zu einer weiteren Prekarisierung der afrikanischen Nahrungssituation führen und die Nahrungssouveränität weiter einschränken. Verdrängungsmechanismen innerhalb der afrikanischen Landwirtschaft, welche nicht nur Kleinbauern und -bäuerinnen sondern auch größere ProduzentInnen betreffen würden, seien die Folge der Einfuhr von hoch subventionierten Agrarprodukten aus der EU. Die EU investiere über 40% ihres Gesamtbudgets in den Landwirtschaftssektor. (Lokale afrikanische Landwirte hingegen hätten meist nicht die Mittel zum Ankauf einer größeren Farm, wenn doch, erhalten sie keine Subventionen für Saatgut). Ein von nördlichen Ländern vorausgesetzter Sicherheitsstandard in der Nahrungsmittelherstellung, dessen Einhaltung mit dem Gebrauch von kostspieligen Pestiziden, Düngemittel und spezifischen Verpackungsprozessen einhergeht, mache eine Beteiligung von Kleinbetrieben am Exportmarkt nahezu unmöglich. Die von den EPAs vorgesehene Eliminierung der von afrikanischen Ländern betriebenen Tarifpolitik bedeute einen drastischen Rückgang staatlicher Einnahmequellen, welcher sich insbesondere in budgetären Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Landwirtschaftsbereich niederschlagen würde. Die Investitionen Malawis während der

Nahrungsmittelkrise hingegen verbesserte die dortige Ernährungs- und Wirtschaftssituation deutlich. Beim Handel ginge es nicht nur um Marktzugang, sondern auch um die in Afrika über Jahre systematisch heruntergefahrenen Produktivitätskapazität. Viele lokale Unternehmen wurden durch europäische Konzerne übernommen, die Investitionen erfolgten nicht bei der lokalen Bevölkerung, sondern mit Blick auf den globalen Markt. Im Gegensatz dazu wollen Europa und USA ihre Landwirtschaft durch überwiegend an große Agrarkonzerne fließende Subventionen erhalten.

## **Alternativen**

Zum Abschluss ihres Vortrages ging Pressend auf potentielle Alternativen gegenüber dem derzeit dominanten Nahrungsregime ein. Innerhalb der EU müsse es zu einer signifikanten Reduzierung der Subventionen in der Agroindustrie kommen. Pressend richtete sich nicht generell gegen Subventionen, sondern gegen die Art und Weise wie sie derzeit in der Europäischen Union vergeben werden, zumal ihrer Ansicht nach die größten Unternehmen am stärksten subventioniert würden, und dies primär dem Zweck der Erhaltung deren hegemonialer Stellung diene. Auf afrikanischer Seite müssten den durch Kolonialismus und Apartheid marginalisierten und enteigneten Gesellschaftsgruppen vom Staat Produktivkräfte zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere Kleinbauern und -bäuerinnen mit wenigen Ressourcen bräuchten eine staatliche Unterstützung.

Pressend hält fest, dass der Handel im kapitalistischen System, welcher auf dem Wettbewerb zwischen Nationen und deren Bevölkerungen basiere, nicht als allumfassende Basis für internationale Handelsverträge herangezogen werden dürfe. Um eine Veränderung der vorherrschenden Handelspolitik herbeizuführen und damit implizit die Weichen für ein gerechtes Nahrungssystem zu stellen, bräuchte es den Druck und die Kooperation von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, sowie der europäischen und afrikanischen Bevölkerung.

## **Publikumsdiskussion**

In der anschließenden Diskussion wurden von Mittal und Pressend verschiedene über die Inhalte der Vorträge hinausgehende Themen behandelt. Auf die Frage nach der Verantwortlichkeit der afrikanischen Staaten an der prekären Nahrungssituation wurde von beiden Vortragenden auf ein Abhängigkeitsverhältnis von den nördlichen Geberländern, in welchem es schwer falle gegen-hegemoniale Politik zu machen, hingewiesen. Die meisten afrikanischen Länder wären auf Nahrungsmittelimporte und Entwicklungsgelder angewiesen. In diesem Zusammenhang verweist Mittal auf einen angeblichen, sich hartnäckig haltenden Mythos, dass



Unsummen an Entwicklungsgeldern nach Afrika fließen würden. Mittal führt dagegen die an die Verleihung von Entwicklungshilfe gebundenen Konditionalitäten, wie Liberalisierung der Märkte, Reduzierung von Sozialausgaben usw. ins Treffen, welche globale Ungleichheitsstrukturen noch weiter verschärfen würden.

Konsens herrschte darüber, dass der Staat, ob der Unfähigkeit des Marktes, als Akteur der Nahrungsmittelsicherung stärker auf den Plan treten müsse. Die beschränkten Entscheidungsmöglichkeiten peripherer Staaten, welche unter anderem aus der Asymmetrie zwischen Entwicklungsländern und industrialisierten Ländern resultiere, findet in folgender Mentalität Ausdruck: „Either you are with us or against us.“ Dieser Ausspruch müsse nicht zwangsläufig in den Terrorismuskontext gestellt werden, sondern könne auch auf die dominante neoliberale Wirtschaftspolitik angewendet werden. Als Druckmittel würden potentielle Kürzungen von Entwicklungsgeldern usw. in Aussicht gestellt werden. Hinzukommend gäbe es den Drang vieler afrikanischer Länder sich in den globalisierten Markt zu integrieren und in weiterer Folge zu etablieren. Folglich würden Vorgaben, innerhalb des derzeitigen Marktparadigmas zu operieren, bereitwillig umgesetzt. Dies ließe sich an marktorientierten Landreformen veranschaulichen, welche zum Leidwesen lokaler und indigener Bevölkerungsteile klare Präferenzen für kaufkräftige Interessenten aufweisen würden, so Pressend. Die im Vortrag bereits angesprochenen Landrechte wären für die in Entwicklungsländern lebende Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Das Verfügen über die Ressource Land würde für die Mehrheit der Menschen die Existenzgrundlage bilden.

Problematisch erscheine laut Mittal die Perzeption der Exportsperre für indische Lebensmittel, mit welcher auf die hohen Preise reagiert wurde, als Grund für den Preisanstieg. Ergo sei es zu einer Umdeutung von reaktiven zu ursächlichen Policies gekommen. Um den derzeit zu beobachtenden Euphemismus über die enormen Wachstumsraten Indiens zu bremsen, bekräftigt sie die massiven Ungleichheiten des Landes und verweist darauf, dass obgleich des Rangs des Landes als weltweit dritt größter Nahrungsproduzent, eine große Anzahl der indischen Bevölkerung chronisch an Hunger leide.

Auf Widerstandsformen angesprochen, meinte Pressend im Zusammenhang mit ihrem Heimatland Südafrika, dass früher die Mobilisierung aufgrund der Fokussierung auf einen spezifischen Feind - das Apartheidregime - leichter gefallen sei. Heute würden sich neben der Ungleichheitsachse der Hautfarbe, ebenso klassenbedingte Problematiken herauskristallisieren. Zudem wären progressive, aktivistische NGOs chronisch unterfinanziert, was teilweise auch auf die während der Apartheid geflossenen und nun versiegenden Geldflüsse aus dem Ausland zurückzuführen sei.

In diesem Kontext wurde das Demokratiedefizit innerhalb von Weltbank, IWF und WTO problematisiert. Bisher bekleidete das Amt des Weltbankchefs immer ein US-Amerikaner, während die Europäer denjenigen des IWFs stellten. Diese ungeschriebene Regel symbolisiere den marginalen Einfluss der meisten Länder der südlichen Hemisphäre innerhalb dieser Institutionen.

Die Strategie, agroindustrielle Großplantagen für die „Bekämpfung des Hungers“ einzusetzen, sei abzulehnen. Nicht nur hinsichtlich der zuvor thematisierten fehlgeleiteten Perzeption der Nahrungskrise als Angebotskrise. Es sei ein weit verbreiteter und zu entlarvender Mythos, dass großangelegte monokulturelle Landwirtschaft effizienter oder produktiver sei als kleinbäuerliche. Zusätzlich benötige die höchst kapitalintensive Agroindustrie chemische Pestizide, genmodifizierte Organismen, lauge die Böden massiv aus und zerstöre die Biodiversität. 30-40% der Treibhausgase kämen von der industriellen Landwirtschaft. Mittal fasste abschließend die Grundaussage des IAASTAD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development)-Reports zusammen: *“To feed the world, business as usual is not an option”*.

## Zum Nachlesen

- Hier finden Sie den Redebeitrag von **Anuradha Mittal** **„Profiteering from Hunger and Poverty. The high Food Price Crisis: Rethinking Food Security Policies“**  
[http://www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/pdfs/Mittal\\_input-speculation-hunger.pdf](http://www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/pdfs/Mittal_input-speculation-hunger.pdf)
- Hier finden Sie die Power Point Präsentation von **Michelle Pressend**:  
**“Stop EPAs. Africa is NOT for sale. Trade and Food Crisis: “Free” Trade a primary source of Hunger in Africa”**.  
[http://www.vidc.org/index.php?id=1159&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=706&cHash=15a6f21902795e3d21a099c7b21917be](http://www.vidc.org/index.php?id=1159&tx_ttnews[tt_news]=706&cHash=15a6f21902795e3d21a099c7b21917be)

## Zum Nachsehen

- Das Video der Veranstaltung finden Sie [hier](http://www.vidc.org/index.php?id=1418)  
<http://www.vidc.org/index.php?id=1418>

## Podiumsteilnehmerinnen

### **Anuradha Mittal, The Oakland Institute, Kalifornien**

Anuradha Mittal gründete 2004 *The Oakland Institute*, das sie seither leitet. Das Oakland Institute ist ein progressiver politischer Think Tank in Kalifornien, dessen Ziel die Debatte über kritische soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen in nationalen und internationalen Foren ist. Das Oakland Institute arbeitet mit Koalitionen, Netzwerken und sozialen Bewegungen zusammen.

Anuradha Mittal ist eine international anerkannte Expertin und vielgefragte Kommentatorin in den Bereichen Handel, Entwicklung, Menschenrechte, Nahrungsmittelkrise und Landwirtschaft. Zuvor war sie Ko-Direktorin des *Institute for Food and Development Policy/Food First*. Mittal ist Verfasserin zahlreicher Artikel, die u.a. in der Los Angeles Times, New York Times, Chicago Tribune und The Nation erscheinen. Sie ist Autorin und Herausgeberin einiger [Bücher](#), wie zB "Voices from Africa: African Farmers and Environmentalists speak out against a New Green Revolution" oder "The Great Land Grab: Rush for World's Farmland threatens Food Security for the Poor". Ihre [Keynotes](#) zeigen von einer Vielzahl von Veranstaltungen, zu denen sie von Regierungen und Universitäten eingeladen worden ist. Sie hat regelmäßig (inter)nationale Auftritte in Fernsehen und Rundfunk.

2008 wurde sie von der Zeitschrift *The Nation* als "Most Valuable Progressive Thinker" ausgezeichnet. 2007 bekam sie den Global Citizen Award der United Nations Association of the USA, 2006 den Peace Award vom Talk Radio KPFA. Sie ist in diversen Komitees Mitglied, u.a. im Right Livelihood Award (bekannt als Alternativer Nobelpreis).

### **Michelle Pressend, Economic Justice Network (EJN), Labour Research Services (LRS), Kapstadt, Südafrika**

Michelle Pressend ist unabhängige Autorin und Analystin, die sich mit den Themen nachhaltige Entwicklung, sozioökonomischer Politik, Handel, Umwelt und Klima beschäftigt.

Sie ist seit 2009 Konsultantin beim *Economic Justice Network* in Kapstadt, Südafrika und koordiniert dort die *Trade Strategy Group-TSG*. Die TSG ist ein Netzwerk von HandelsaktivistInnen, die sich mit Entwicklungsstrategien für den Handel Richtung nachhaltige Entwicklung beschäftigen. Das Economic Justice Network fördert wirtschaftliche Gerechtigkeit in 11 südafrikanischen Ländern.

Michelle Pressend koordiniert ebenfalls das *Global Network Afrika-GAN* im *Labour Research Services-LRS* in Kapstadt. Das LRS will mit Forschung und Projekten die Zivilgesellschaft stärken

und arbeitet für eine egalitäre Gesellschaft, in Kooperation mit Handelsgewerkschaften. GAN hat als Themenschwerpunkte Handel und Investitionen in Schwellenländern.

Zuvor war Michelle Pressend Koordinatorin bei *Biowatch* in Kapstadt. 2005 bis 2008 war sie als Senior Researcher im multilateralen Programm des *Institute for Global Dialogue-IGD* für Analysen und Publikationen zuständig. Das IGD ist eine unabhängige südafrikanische NGO, die sich mit Themen der Internationalen Angelegenheiten und ihren Auswirkungen auf Afrika beschäftigt. 2002-2005 war Pressend Deputy Director für nachhaltige Entwicklung, Politik und Forschung in der Abteilung Umwelt und Tourismus.

Bücher, u.a.: *Rethinking Natural Resources in South Africa* (Institute for Global Dialogue, 2009); *Dilemmas of Poverty and Development: A proposed policy framework for the Southern African Development* (Institute for Global Dialogue, 2008); *Trade Liberalisation and Environmental Linkages: Implications for Sustainable Development* (Institute for Global Dialogue, 2006).

Michelle Pressend hat viele Publikationen herausgebracht (30 Years of the Southern African Development Community: What's to Celebrate? August 2010). Sie ist Kolumnistin für das *South Africa's Civil Society Information Service* (SACIS), eine Plattform für Politikdialog.

## Österreichische Entwicklungszusammenarbeit